

Antrag

der Fraktionen der SPD und FDP

Ächtung der Todesstrafe

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin mit Nachdruck für eine Abschaffung der Todesstrafe in allen Ländern der Erde einzutreten.

Bonn, den 18. Februar 1981

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Begründung

Die Todesstrafe ist ein inhumanes Relikt vergangener Jahrhunderte. Dennoch wird sie auch heute noch in weit mehr als 100 Ländern verhängt und vollstreckt. Die Todesstrafe ist nicht nur unmenschlich, sie hat auch keinerlei abschreckende Wirkung.

Ein Justizirrtum hat besonders schreckliche Folgen.

Mit großer Empörung ist festzustellen, daß die Todesstrafe in weiten Teilen der Welt ein Mittel zur Beseitigung politisch oder religiös Andersdenkender ist.

Es muß dringend Abhilfe geschaffen werden.

Eine Gewähr dafür, daß bei politischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen Angehörige der unterliegenden Seite nicht einem Todesurteil zum Opfer fallen, wäre nur durch die völkerrechtlich verbindliche weltweite Abschaffung der Todesstrafe gegeben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt daher die von der Bundesregierung bei den Vereinten Nationen ergriffene Initiative zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe. Durch die Entschliebung der 36. UN-Generalversammlung vom 15. Dezember 1980 konnten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der von der Bundesregierung vorgelegte Konventionsentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe auf der nächsten Generalversammlung beraten werden wird.

Auch im europäischen Bereich – insbesondere auf der XI. und XII. Europäischen Justizministerkonferenz – hat die Bundesregierung alle Bemühungen gefördert, die auf eine Abschaffung der Todesstrafe gerichtet sind. Die Bundesregierung sollte weiterhin erhebliche Anstrengungen unternehmen, daß die Entschliebung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 22. April 1980, die Todesstrafe in Europa abzuschaffen, bald verwirklicht wird.